



FDP | 20.10.2020 - 15:30

Corona-Politik gehört wieder in die Hand der Parlamente



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU), Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne), Bundestagsvizepräsidentin Thomas Oppermann (SPD), Linke-Fraktionschef Dietmar Bartsch und FDP-Chef [Christian Lindner](#) [1] eint eine Sorge: Dass die [Regierung seit Monaten Entscheidungen am Bundestag vorbei trifft](#) [2] und die Demokratie in eine Schiefelage bringt. Die Freien Demokraten fordern schon seit geraumer Zeit die [stärkere Rolle des Bundestags bei der Pandemiebekämpfung](#) [3]. Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bundestag, [Marco Buschmann, betont](#) [4]: "Corona ist eine ernsthafte Gefahr und muss entschlossen bekämpft werden. Dabei sind Rechtsstaat und Gewaltenteilung aber kein Hindernis, sondern eine Stärke."

[FDP-Chef Christian Lindner erläutert in der "Welt":](#) [2] "Das Grundgesetz sieht die Parlamente - allen voran den Deutschen Bundestag - als erste Gewalt im Staat. In den vergangenen Monaten hat jedoch lediglich ein kleiner Kreis von Politikern über massive Freiheitseinschränkungen für 83 Millionen Menschen entschieden. Und das in einem Gremium von 16 Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin, das in der deutschen Verfassung keine Erwähnung findet." Auch wenn die Steuerung der Pandemiebekämpfung im Kreise der Exekutive manchem praktisch und effizient erscheinen möge, sie sei es nicht automatisch. Notverordnungen müssten die absolute Ausnahme bleiben und dürften nicht zur Regel der Politik werden.

[Im "heute-journal" riet Christian Lindner](#) [5] zu einer "differenzierten Betrachtungsweise". Im Parlament sollte "über die weitere Krisenstrategie" beraten werden, damit öffentlich klar werde, welche [Freiheitseinschränkungen](#) [6] nötig sind und welche nicht. Eine Maßnahme wie das Beherbergungsverbot hätte das Parlament sicher nicht getroffen, [so Lindner](#) [7]. "Wir haben es mit sehr weitgehenden Einschränkungen der Freiheit zu tun." Man habe zu Beginn der Pandemie

Zuständigkeiten vom Parlament an die Regierung gegeben, weil eine Überforderung des Gesundheitssystems drohte. "Diese Überforderung des Gesundheitssystems gibt es nicht", [betont Lindner](#) [7]. "Auch Stand heute nicht." Deshalb solle jetzt im Parlament über die weitere Krisenstrategie beraten werden. "Damit öffentlich klar wird, welche Freiheitseinschränkungen sind jetzt nötig. Damit auch geprüft werden kann, welche Entscheidung ist wirklich wirksam."

Am [25. März hatte der Bundestag](#) [8] angesichts der heraufziehenden Corona-Pandemie offiziell "eine epidemische Lage von nationaler Tragweite" festgestellt. Dies schaffte die Grundlage für [Sonderrechte, die es Gesundheitsminister Spahn erlauben](#) [9], über Anordnungen und Rechtsverordnungen Maßnahmen zum Infektionsschutz der Bevölkerung "unbeschadet der Befugnisse der Länder" auf den Weg zu bringen. Die Freien Demokraten wollen diesen Zustand schon seit dem Sommer beenden. Sie wollen die "weitreichenden und verfassungsrechtlich zweifelhaften Verordnungsermächtigungen" zurückfahren.

Jetzt sind sie mit ihrer Meinung, dass der Bundestag übergangen wird, nicht mehr allein. Zuletzt hat die [Co-Chefin der Grünen-Fraktion, Katrin Göring-Eckardt gefordert](#) [10]: "Wir müssen das zurückholen in den deutschen Bundestag, dort muss entschieden werden." Auch der Parlamentarische Geschäftsführer der Linken, Jan Korte, sieht ein Ungleichgewicht in der Corona-Politik zu Lasten des Bundestags. Auch beim Vize-Chef der Unionsfraktion, Carsten Linnemann, ist das Unbehagen groß: "Das Parlament muss wieder selbstbewusster seine Rolle als Gesetzgeber einfordern und dann aber auch ausfüllen." [Nur Markus Söder sieht das anders.](#) [11]

Verordnungsermächtigungen wirken wie eine Droge

[FDP-Fraktionsvize Stephan Thomae](#) [12] kritisiert: "Die weitreichenden Verordnungsermächtigungen wirken auf manchen Minister wie eine Droge, von der sie nicht mehr loskommen und am Ende immer mehr brauchen." Der Bundestag und die Landesparlamente müssten sich ihre Macht jetzt wieder zurückholen. Mit Blick auf die Meldung, dass das Gesundheitsministerium im [Eilverfahren die Sonderrechte für Spahn über März 2021](#) [13] hinaus verlängern und ausbauen will, [sagt Thomae](#) [14]: "Der Gesundheitsminister scheint die Lektion aus den jüngsten Gerichtsentscheidungen nicht verstanden zu haben. Minister und Staatsregierungen sind nicht die besseren Gesetzgeber", [betonte er](#) [14]. "Im Rausch der Befugnisermächtigungen fielen so manche berechtigten Interessen von Arbeitnehmern und Unternehmern, Eltern und Ehrenamtlichen unter den Tisch der Ministerialbürokratie."

Das wirksamste Mittel zum Brechen der Infektionswelle ist eine rasche und deutliche Reduzierung von Kontakten. Doch einige der [Maßnahmen](#) [15], die das erreichen sollen, sind vielerorts [als unverhältnismäßig eingestuft](#) [15] worden. "Setzt sich die Reihe der Schildbürgerstreiche der Regierungschefs weiter fort, drängen sie immer mehr an sich rechtstreuen Bürgern Illegalität auf", [sagt Marco Buschmann](#) [4] mit Blick auf Maßnahmen, die sich nicht als gerichtsfest und damit als nicht legal erwiesen haben. In der ersten Phase kippten Gerichte Vorgaben, wonach nur [Geschäfte bis 800 Quadratmeter](#) [16] wieder öffnen dürfen. Nun sind es [Beherbergungsverbote](#) [17], die wieder kassiert worden sind.

[Er schreibt](#) [4]: "So verlockend es für die Regierungschefs erscheint, sich als rüstige Krisenbekämpfer mit vielen neuen Ideen zu präsentieren und wie sehr das kurzfristig auch demoskopisch gemessene Popularität steigern mag: Mittelfristig gefährdet das die wichtigste Waffe im Kampf gegen Corona – das rechtstreu und verantwortungsbewusste Verhalten der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung. Der Schaden, der dem Rechtsstaat dadurch entsteht, wird möglicherweise auch dann noch bleiben, wenn Corona lange besiegt ist. Deshalb gehört die Corona-Politik wieder in die Hand der Parlamente."

Service-Opposition! Wenn die [#CSU](#) [18] vor lauter Hinterzimmerentscheidungen nichts mehr aus dem Parlament mitbekommt nochmal eine kleine Auswahl der [@fdpbt](#) [19] zum mitlesen. Es wird höchste Zeit, die Diskussionen und Entscheidungen zurück ins Parlament zu holen, denn da gehören sie hin! pic.twitter.com/SDpB8AGWD4 [20]

— Karsten Klein, MdB (@MdBKlein) [October 20, 2020](#) [21]

Mehr zum Thema

- [Lindner in der Welt: "Söder kann sich als Ludwig II. verkleiden – aber als König durchregieren darf er nicht"](#) [2]
- [Buschmann-Gastbeitrag: Gefährliche Schildbürgerstreiche](#) [4]
- [Lindner-Interview: Brauchen intelligenteres Krisenmanagement](#) [22]
- [Kubicki-Interview: Söder hat die höchsten Todesraten zu verantworten](#) [23]
- [Bei Freiheitsbeschränkungen immer wieder nach der Verhältnismäßigkeit fragen](#) [6]
- [Lindner im "heute journal": "Zuspitzung führt zu Ängsten"](#) [7]
- [Kampf gegen Corona - Politiker kritisieren Regierungsvollmachten](#) [10]
- [FDP übt scharfe Kritik an geplantem Ausbau der Corona-Sonderrechte für Spahn](#) [14]
- [Das pauschale Beherbergungsverbot muss fallen](#) [24]

Quell-URL:<https://www.liberales.de/content/corona-politik-gehört-wieder-die-hand-der-parlamente>

Links

[1] https://twitter.com/c_lindner [2] <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus218239806/Corona-Massnahmen-Auch-in-der-Pandemie-muss-das-Parlament-eingebunden-werden.html> [3] https://rp-online.de/politik/deutschland/christian-lindner-fdp-zur-coronakrise-ueber-corona-massnahmen-muessen-wieder-parlamente-entscheiden_aid-54053181 [4] <https://www.fdpbt.de/buschmann-gastbeitrag-gefaehrliche-schildbuengerstreiche> [5] https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/heute-journal-vom-19-oktober-2020-100.html?fbclid=IwAR3JfG2qqndQoyorNDBv3uJI7PhFeBPneuZz9ScYRAMq_umaNsdx-uXSH0 [6] <https://www.fdp.de/buergerrechte-gesundheit-innenpolitik-wirtschaft-bei-freiheitsbeschaenkungen-immer-wieder-nach-der> [7] <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/zuspitzung-fuehrt-zu-aengsten-100.html> [8] <https://www.tagesschau.de/inland/pandemie-101.html> [9] <https://www.tagesspiegel.de/politik/das-darf-ein-parlament-nicht-mit-sich-machen-lassen-scharfe-kritik-an-geplantem-ausbau-der-corona-sonderrechte-fuer-spahn/26286674.html> [10] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-bundesregierung-vollmachten-kritik-100.html> [11] <https://www.br.de/nachrichten/bayern/dreist-opposition-veraergert-ueber-soeder-kritik,SDrnJQ3> [12] <https://twitter.com/StephanThomae> [13] https://www.schwaebische.de/ueberregional/politik_artikel,-spahn-soll-sonderrechte-in-corona-krise-laenger-behalten-_arid.11282727.html [14] <https://nuernberger-blatt.de/2020/10/fdp-uebt-scharfe-kritik-an-geplantem-ausbau-der-corona-sonderrechte-fuer-spahn> [15] <https://www.tagesschau.de/inland/beherbergungsverbot-rechtslage-baden-wuerttemberg-101.html> [16] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/laeden-oeffnung-coronakrise-101.html> [17] <https://www.tagesschau.de/inland/corona-massnahmen-bundeslaender-ueberblick-105.html> [18] https://twitter.com/hashtag/CSU?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [19] https://twitter.com/fdpbt?ref_src=twsrc%5Etfw [20] <https://t.co/SDpB8AGWD4> [21] https://twitter.com/MdBKlein/status/1318528007380807686?ref_src=twsrc%5Etfw [22] <https://www.fdpbt.de/lindner-interview-brauchen-intelligenteres-krisenmanagement> [23] <https://www.fdp.de/pressemitteilung/kubicki-interview-soeder-hat-die-hoechsten-todesraten-zu-verantworten> [24] https://www.fdp.de/_das-pauschale-beherbergungsverbot-muss-fallen